

Antrag 86/II/2021**Abt. 03/14 (Pankow)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Senior:innen u.a.**

1 Die SPD fordert ihre Mandatsträger:innen im Bundestag
 2 und ihre Vertreter:innen in der Bundesregierung auf, sich
 3 für gezielte Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftli-
 4 chen Teilhabe von Senior:innen und anderen von Einsam-
 5 keit betroffenen Menschen einzusetzen.

- 7 • Unterstützung der Regionalträger der Deutschen
 8 Rentenversicherung und von Kommunalverwaltun-
 9 gen bei der Zusammenstellung von regionalen Kon-
 10 taktpunkten und Angeboten, bei denen Personen eh-
 11 renamtlich tätig werden können
- 12 • Versand der Informationen zusammen mit dem Be-
 13 scheid der verschiedenen Rententräger bzw. Versor-
 14 gungsämter
- 15 • Kommunalverwaltungen sollen o.g. Informationen
 16 ebenfalls zur Verfügung stellen, wenn eine Ummel-
 17 dung des Wohnortes erfolgt

Begründung

21 Insbesondere beim Übertritt in die Rente und beim Wech-
 22 sel des Wohnortes sind Menschen gefährdet, gewohnte
 23 soziale Gruppen zu verlieren und keine neuen aufzubauen.
 24 Studien zeigen, dass dies oft mit Einsamkeit und einer
 25 Vielzahl von Erkrankungen einhergehen kann.[1]¹ Um dem
 26 präventiv entgegenzuwirken, sollte an zentralen Stellen
 27 über die Möglichkeiten sozialer Teilhabe und deren ge-
 28 sundheitsförderlicher Wirkung aufgeklärt werden. Da na-
 29 hezu alle Rentner:innen einen Rentenbescheid erhalten
 30 und bei jedem Umzug ein Termin bei der örtlichen Kom-
 31 munalverwaltung erfolgt, sind dies zwei geeignete Gele-
 32 genheiten für die Verbreitung dieser Informationen, bei-
 33 spielsweise durch einen Flyer.

35 Dieser Ansatz zeichnet sich durch eine gerechte, weil flä-
 36 chendeckende, Informations-weitergabe und einen soli-
 37 darischen Aspekt aus. Denn durch die ehrenamtlichen Tä-
 38 tigkeiten ist nicht nur den Personen selbst, sondern auch
 39 der Gesellschaft geholfen. (Ergänzt werden soll dieser An-
 40 satz u.a. durch eine generelle Sensibilisierung relevanter
 41 Berufsgruppen, wie im Antrag „*Schulung von geeigneten*
 42 *Multiplikator:innen zum Thema Einsamkeit*“ beschrieben.)
 43 [1]² *Gehirn & Geist* (Ausgabe 8/2020, S. 12-19) „Die Heilkraft
 44 des Wir“, ausführlich in: Haslam, C. et al.: *The new psycho-*
 45 *logy of health: Unlocking the social cure*. Routledge, 2018.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD fordert ihre Mandatsträger:innen im Bundestag
 und ihre Vertreter:innen in der Bundesregierung auf, sich
 für gezielte Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftli-
 chen Teilhabe von Senior:innen einzusetzen. Dazu ist es
 erforderlich, die im § 71 SGB XII vorgesehen Strukturen
 und Leistungen als staatliche Pflichtaufgaben verbindlich
 - vorzugsweise durch ein Altenhilfestrukturegesetz- zu re-
 geln.

Begründung:

Die Altenhilfe gemäß § 71 SGB XII soll dazu beitragen,
 Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhü-
 ten, zu überwinden oder zu mildern. Senior:innen sollen
 die Möglichkeit haben, selbstbestimmt am gesellschaftli-
 chen Leben teilzunehmen. Um das zu erreichen, sind im
 § 71 eine Reihe von Leistungen und Ansprüchen niederge-
 legt, die sich sowohl auf örtliche Infrastrukturen als auch
 auf Einzelleistungen beziehen.

Bereits der siebte Altenbericht der Bundesregierung vom
 November 2016 enthält die Empfehlung, zur Förderung
 und zum Ausbau der Altenhilfestrukturen ein Bundesge-
 setz zu initiieren. Diese Empfehlung ist bisher weder um-
 gesetzt noch sind die Leistungen und Ansprüche Pflicht-
 aufgaben des Staates.